



Bayerisches Kabinett in Amberg:

Top-Adresse Oberpfalz

Das bayerische Kabinett hat die künftigen politischen Schwerpunkte für die Oberpfalz auf den Weg gebracht. Das Augenmerk liegt demnach auf der Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft, dem Ausbau der Verkehrswege insbesondere auch in Richtung zum EU-Partnerland Tschechien, dem Breitbandausbau, der Stärkung von Kultur und Tourismus sowie dem Schutz der Umwelt.

Bei der Sitzung des Ministerpräsidenten Horst Seehofer in Amberg kündigte Ministerpräsident Horst Seehofer an, die Staatsregierung werde alle Anstrengungen unternehmen, um die Zukunft der Menschen in der Oberpfalz auch in Zeiten des demographischen Wandels und digitaler Herausforderungen zu sichern. „Sie sollen weiterhin Gewinner des Wandels sein“, so Seehofer. Die Oberpfalz liegt heute mit 3,3 Prozent Arbeitslosigkeit unter dem bayerischen Durchschnitt von 3,5 Prozent und ist auf bestem Weg zur Top-Adresse für Unternehmen und Investitionen. In Zukunftstechnologien, aber auch in Automobilindustrie, Elektronik und Mechatronik.

Investitionen in Universität und Hochschulen

Laut Ministerialrat wird die Universität Regensburg, dritter bayerischer Sonderpädagogikstandort mit drei neuen Lehrstühlen, die bis zum Wintersemester 2021/2022 arbeitsfähig sein werden. Auch investiert Bayern kräftig in Universität und Hochschulmedizin. Ab 2019 entstehen in Regensburg das neue Vorklinik-

insgesamt über 92 Millionen Euro erhalten. Etwa ein Viertel der Projekte ist bereits in Betrieb.

Behördenverlagerungen

Die Oberpfalz profitiert insgesamt von Behördenverlagerungen mit 11 Projekten und einem Zuwachs von 374 Beschäftigten. Im Jahr 2016 haben mit dem Grundbuchamt, Oberverwaltungsgericht, Oberverwaltungsstelle der Bayerischen Justiz in Amberg und der Digitalen Landkarte Bayern des Landesamtes für Digitalisierung, Breitband und Vermessung in Windischeschenbach bereits drei Behörden mit bislang 48 Beschäftigten den Dienstbetrieb aufgenommen.

Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit

Zur Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit unterstützt die Regierung das Projekt CURA auf dem Weg. In den Städten Amberg und Weiden i. d. Opf. sollen arbeitslose Leistungsbezieher und deren Familien zielgerichtete Unterstützung erhalten. Eine auf den Einzelfall abgestimmte Beratung und Förderung wird ebenfalls mit Internet versorgt. An dem 1,5 Milliarden Euro umfassenden Förderprogramm der Staatsregierung sind 98 Prozent der Oberpfälzer Kommunen beteiligt. 199 Gemeinden haben bereits Förderbescheide für 242 Projekte über

Mitgestaltungsmöglichkeiten für Senoren

Darüber hinaus wird die Staatsregierung im Zuge des Modellprogramms „Aktive generationenfreundliche Gemeinde“ kleine und mittlere Kommunen in der Oberpfalz künftig noch intensiver im Umgang mit den demografischen Wandel unterstützen. Durch das Modellprogramm sollen Rahmenbedingungen für eine aktive Mitgestaltung und ein selbstständiges und erfülltes Leben älterer Menschen in der gewohnten Umgebung geschaffen werden. Konkret sollen jährlich rund 40 Kommunen für drei Jahre mit bis zu 10.000 Euro gefördert werden.

Zudem ist die Einrichtung eines Bayerischen Zentrums für Medienkompetenz in der Fachpädagogik (ZMF) in Amberg geplant. Aufgabe des ZMF soll es sein, pädagogische Fachkräfte in der Medienpädagogik von analogen bis hin zu digitalen Medien fortzubilden, die Chancen der Digitalisierung in den Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe und Kindertageseinrichtungen zu erschließen, Risiken entgegenzuwirken sowie Kinder und junge Menschen zum kompetenten Umgang mit Geführungen zu befähigen.

Große Pläne in der Verkehrspolitik

Stichwort Verkehrspolitik: Im Bundesverkehrswegeplan 2030 sind in den höchsten Dringlichkeitsstufen für die Oberpfalz zehn Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von über 500 Millionen Euro enthalten. Wichtige Projekte sind u. a. der 6-streifige Ausbau der A 3 bei Regensburg (AS Nittendorf bis AS Rossenhof), die Ortsumfuhrt Waldsassen/Kondrau (B 299), der zweibahnige Ausbau der B 85 sowie die Ortsumgehungen Leutlitz (B 85) und Mühlhausen (B 299). Im Bereich der Straßensprünge sind bis 2020 insgesamt 31 Maßnahmen mit einem Investitionsvolumen von 160 Mio. Euro geplant. In den vergangenen zehn Jahren flossen zudem über 200 Millionen Euro zur Förderung des kommunalen Straßenbaus in die Oberpfalz.

Das Europabüro der bayerischen Kommunen – Ihr Partner in Brüssel

Von Christiane Thömmes, Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen in Brüssel

Das Europabüro der bayerischen Kommunen feiert dieses Jahr am 28. November sein 25-jähriges Bestehen. Die vier kommunalen Spitzenverbände (Bayerischer Städtetag, Bayerischer Gemeindeförderung, Bayerischer Landkreistag und Bayerischer Bezirksrat) sowie der Bayerische Kommunale Prüfungsverband gründeten es 1992 als Antwort auf die zunehmende Betroffenheit der kommunalen Ebene durch Europapolitik- und -recht. Seit 2000 bildet das Europabüro eine Bürgergemeinschaft mit den Büros der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen und ihrer Verbände in Brüssel wahrnehmen.

Bearbeitet werden alle europapolitischen Themenbereiche, die für Kommunen wichtig sind vom Wettbewerbsrecht über Energie und Umwelt bis hin zur Digitalisierung. Dabei stehen die Wahrung der kommunalen Selbstverwaltung und des Subsidiaritätsprinzips, insbesondere bei der Daseinsvorsorge, immer im Vordergrund. 2017 beschäftigt sich die Bürgergemeinschaft in Anlehnung an das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission schwerpunktmäßig mit der Kohäsionspolitik nach 2020, digitalen Themen, der Revision der Trinkwasserrichtlinie und Fördermittelthemen auch mit Bezug auf Migration. Das schließt jedoch die Befassung mit aktuellen Fragestellungen nicht aus. Das Büro berät die bayerischen Kommunen laufend zu EU-Rechts- und Fördermittelthemen und erstellt gemeinsame Positionspapiere sowie Antworten zu laufenden Befragungen der EU-Kommission. Die Aufgaben des Europabüros der bayerischen Kommunen beschränken sich nicht nur auf die direkte Vertretung der bayerischen kommunalen Interessen gegenüber den EU-Institutionen in Brüssel, sondern beinhalten auch die Mitarbeit in europäischen Netzwerken und Gremien, um sich auszutauschen und gemeinsam mit anderen Gleichgesinnten die EU-Politik im Sinne der Kommunen zu beeinflussen. Ein Beispiel erfolgreicher kommunaler Interessensvertretung des letzten Jahres war die Befassung mit dem Transparenzregister der EU. Die Eintragung darin war zunächst für alle Interessensvertreter fakultativ. Um die Interessensvertretung transparenter zu gestalten, plädierte die Kommission für eine verpflichtende Eintragung von

Lobbyisten in das Register – darunter verstand sie auch die Kommunen und ihre Verbände – nicht jedoch z.B. die Landes- und Bundesverwaltungen und ihre Vertretungen in Brüssel, Kirchen, Parteien. In einer öffentlichen Konsultation sowie in zahlreichen Gesprächen mit den EU-Institutionen setzte sich das Europabüro für eine Gleichbehandlung mit der staatlichen Ebene ein und damit für eine echte Anerkennung als Partner in politischen Meldebeneinstufen. Die Forderungen der kommunalen Ebene wurden nun von der Kommission in ihren aktuellen Entwurf einer interinstitutionellen Vereinbarung aufgenommen und spiegeln sich auch in dem Bericht des ausübigen Berichterstatters im Europäischen Parlament wieder. Damit darf davon ausgegangen werden, dass die Kommunen bei ihrer EU-Arbeit künftig nicht mit privaten Lobbyisten, die Partikularinteressen vertreten, gleichgesetzt werden.

Wichtig für eine erfolgreiche Europacarbeit ist die frühzeitige Information zu EU-Initiativen, Gesetzgebungsverfahren und kommunalen EuGH-Urteilen. Ein geeignetes Medium dafür ist insbesondere der Newsletter Brüssel Aktuell (für Mitglieder der Trägerverbände). Damit lokale Vertreter und Vertreterinnen wie auch Bürger direkt den Austausch vor Ort in Brüssel pflegen können, vermittelt das Büro Gesprächskontakte bei der Kommission, dem Europäischen Parlament, dem Ausschuss der Regionen und mit sonstigen Experten. Bei den zahlreichen jährlichen Besuchen von Delegationen und Besuchergruppen stehen auch die Referenten regelmäßig für Vorträge zu kommunalrelevanten EU-Themen zur Verfügung.

Ein weiterer wesentlicher Aspekt kommunaler Europacarbeit ist die Förderung von Projekten durch europäische Programme und Fonds. Das Europabüro informiert daher laufend über aktuelle Programmaufrufe in seinem Newsletter, berät über verschiedene Fördermöglichkeiten und leistet konkrete Hilfestellung bei der Erstellung von Anträgen sowie der Suche nach Projektpartnern. Für die Mitgliedskommunen der kommunalen Spitzenverbände hat das Europabüro ein Fördermittelanwandler zur laufenden Förderperiode 2014-2020 erstellt, welches im Büro bezogen werden kann.

Für weitere Informationen zum Europabüro der bayerischen Kommunen laden wir Sie ganz herzlich dazu ein, unter <http://www.ebbk.de> die aktualisierte Webseite zu besuchen.

Herrmann fordert mehr Bauland von Kommunen

Die im Rahmen des im Oktober 2015 ins Leben gerufenen „Wohnungspakt Bayern“ erfolgte soziale Wohnraumbauförderung hat mit der Förderung von 3.700 Mietwohnungen und Wohnplätzen sowie über 1.400 Wohnungen für Selbstnutzer im vergangenen Jahr ein neues Rekordergebnis erzielt. Ebenso wurde mit der Förderung von 1.610 Wohnplätzen für Studierende ein neuer Spitzenwert erreicht.

Für Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann ist dies und der Anstieg der Baufertigstellungen auf fast 54.000 Wohnungen ein klares Zeichen

darf, dass der Wohnungspakt Bayern den erhofften Aufschwung bringt.

„Unsere wohnungspolitischen Maßnahmen greifen“, erklärte Herrmann anlässlich der jüngst veröffentlichten Statistik zu den Baufertigstellungen in 2016. Hierbei sei die Zahl nun 641 auf insgesamt 53.993 Wohnungen gestiegen. Der Hauptanteil von 46.923 Wohnungen betreffe neue Wohngebäude und Wohnheime. Die Wohnungsbaufertigstellungen in neuen Mehrfamilienhäusern haben sich sogar um 4,9% auf 22.466 erhöht.

Besonders gut habe sich die Bautätigkeit in den kreisfreien Städten entwickelt. Dort sei die Zahl der Fertigstellungen um 7% auf 18.834 Wohnungen gestiegen, wobei die acht Großstädte in Bayern einen Anstieg um 13,4% auf 15.340 verzeichneten. führte der Bauminister aus. Regional sei die Steigerung um 21,4% auf 9.152 Wohnungsbaufertigstellungen in Schwaben am höchsten.

Schwaben baut am meisten

Des Weiteren verwies Herrmann auf die hohe Wohnkostenbelastung in Bayern die sich zur zentralen sozialen Frage entwickelte. Hier seien gemeinsame Anstrengungen aller für mehr Wohnraum erforderlich. In diesem Zusammenhang wiederholte der Minister seinen dringenden Appell an Städte und Gemeinden das erforderliche Bauland für den Wohnungsbau bereit zu stellen. Zudem biete die Staatsregierung mit dem kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramm den Städten und Gemeinden ein sehr lukratives Angebot für den Wohnungsbau an.

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG
Bürgermeister Johann Schnell
83679 Sachsenkam
am 21.4.

ZUM 65. GEBURTSTAG
Bürgermeister Franz Finauer
85646 Anzing
am 26.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Friedrich Pickel
90619 Trauskirchen
am 23.4.

ZUM 60. GEBURTSTAG
Bürgermeister Konrad Dohler
86853 Langeniers
am 27.4.

ZUM 55. GEBURTSTAG
Bürgermeister Johann Krichenbauer
84508 Burgkirchen
am 29.4.

ZUM 50. GEBURTSTAG
Bürgermeister Klaus Heilingelmeier
82515 Wolfartschhausen
am 27.4.

ZUM 45. GEBURTSTAG
Bürgermeister Roland Eichmann
86316 Friedberg
am 27.4.

Hinweis in eigener Sache
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

munalen Straßenbaus in die Oberpfalz.

Im Schienenverkehr setzt die Staatsregierung auf Elektrifizierung, verbesserte Barrierefreiheit und den Ausbau grenzüberschreitender Verbindungen nach Tschechien. Alle für die Oberpfalz angelegten Projekte wurden im Bundesverkehrswegeplan 2030 und im Bedarfsplan Fläche vernetzt.

So wurde beispielsweise die Elektrifizierung des sog. Oskorkloos (Hof - Regensburg - Obertraubling) im Vorordnungsverfahren zur Engpassbeseitigung genehmigt. Mit Fertigstellung der „Neufahrer Kurve“ wird die Oberpfalz mit dem Flughafen-Express schneller an den Flughafen München angebunden. Mit einer Taktverdichtung auf der Strecke Schwandorf-Furth im Wald und weiteren Verbesserungen bei der Umsetzung der Barrierefreiheit gestaltet sich der Schienenverkehr in der Oberpfalz noch attraktiver.

Förderung für den ÖPNV

Landkreise und kreisfreie Städte in der Oberpfalz haben als Träger des Öffentlichen Personennahverkehrs im Jahr 2016 ÖPNV-Zuweisungen in Höhe von 4,1 Millionen Euro erhalten. Verkehrsunternehmen erhielten insgesamt 22,2 Millionen Euro, davon 2,8 Millionen Euro für die Anschaffung von 41 barrierefreien Linienbussen. Mit weiteren 1,7 Millionen Euro wurden u.a. zur Stärkung des Nahverkehrs in der Oberpfalz ein Omnibusbetriebshof und ein rechnergestütztes Betriebsleitsystem gefördert.

Museum der Bayerischen Geschichte

Ein zentrales Projekt für die Stärkung der bayerischen Identität und Leuchtturmprojekt der Kulturpolitik ist das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg, das 2018 eingeweiht wird. Darüber hinaus will die Staatsregierung die Generalisierung des Klosters Plankstetten nach Vorliegen des endgültigen Finanzierungsplans (voraussichtlich Ende Mai) rasch auf den Weg bringen. Zudem unterstützt die Freistaat Bayern die Jüdische Gemeinde Regensburg und beteiligt sich mit 50 Prozent an der rund 2,5 Millionen Euro teuren Generalisierung des Altbau.

Volksbegehrensbericht 2017:

Spitzenreiter Bayern

Die direkte Demokratie wird in Deutschland immer häufiger genutzt. Dies zeigt der aktuelle Volksbegehrensbericht, den der Verein „Mehr Demokratie“ veröffentlichte. 324 durch Bürger ausgelöste Verfahren gab es bisher insgesamt, die meisten davon in Bayern (51), Hamburg (45) und Brandenburg (43). In die zweite Sammelstufe (Volksbegehren) kamen nur 91 Verfahren, die meisten in Bayern (20). Erst in 23 Fällen – davon 6 in Bayern – haben die Bürger auch tatsächlich eine Abstimmung ausgelöst.

Betrachtet man den Zeitraum seit der Einführung der direkten Demokratie im ersten Bundesland 1946, werden vor allem seit den 1990er Jahren kontinuierlich mehr Initiativen gestartet. Im Jahr 2016 wurden zwölf direktdemokratische Verfahren in acht Bundesländern neu eingeleitet. Insgesamt liefen 24 Verfahren.

Zwar ist Bayern laut „Mehr Demokratie“ mit den meisten initiierten Verfahren und Volksbegehren in absoluten Zahlen Spitzenreiter, jedoch wurde es bei der Anzahl der Volksentscheide von Hamburg überholt. Die gesetzliche Ausgestaltung des Volksbegehrens in Bayern schlägt sich auch in der Statistik nieder: So scheiterten zwölf von 20 Volksbegehren an der Kombination aus hohem Unterschriften-

quorum, kurzer Sammelfrist und der Pflicht zur Amtsentragung. Damit liegt Bayern mit 60 Prozent deutlich über dem bundesweiten Schnitt.

Insgesamt scheitert die Hälfte aller Volksbegehren an der notwendigen Unterschriftenliste. Kommt es so „Mehr Demokratie“, zum Volksentscheid, seien die Regelungen in Bayern deutlich freundlicher gestaltet – zumindest für einfache Gesetze, entscheidet doch hier die Mehrheit der Abstimmenden. Für Verfassungsänderungen wurde jedoch im Jahr 2000 ein 25-Prozent-Zustimmungsquorum eingeführt. Dennoch war in Bayern bisher kein Volksentscheid unzulässig. Der Knackpunkt in Bayern blieben also die Regelungen zum Volksbegehren.

DK